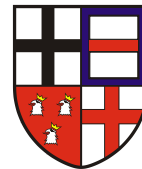


Datenschutzrechtliche Informationen nach Art. 13 DSGVO



Verantwortliche Stelle:

Verbandsgemeindeverwaltung Asbach, Flammersfelder Str. 1, 53567 Asbach,
E-Mail: rathaus@vg-asbach.de, Telefon +49 2683 912 0

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Gewerbeamt

Datenschutzbeauftragter:

Verbandsgemeindeverwaltung Asbach, Behördlicher Datenschutzbeauftragter,
Herr Jürgen Schäfer, Telefon: +49 2683 912 181, E-Mail: datenschutz@vg-asbach.de

Zweck(e) der Verarbeitung:

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Die zuständige öffentliche Stelle darf personenbezogene Daten des Gewerbetreibenden und solcher Personen, auf die es für die Entscheidung ankommt, erheben, soweit die Daten zur Beurteilung der Zuverlässigkeit und der übrigen Berufszulassungs- und -ausübungskriterien bei der Durchführung gewerberechtlicher Vorschriften und Verfahren erforderlich sind.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit den §§ 11, 14 der Gewerbeordnung, § 15 BStatG verarbeitet.

Datenweitergabe erfolgt ausschließlich nach Vorschriften des aktuellen Gewerberechts (GewO, GastG) und örtlicher Verwaltungsvorschriften.

Empfänger der Daten:

Folgende Empfänger/Empfängerkategorien erhalten Ihre personenbezogenen Daten:

Berechtigte Empfänger nach Nachweis des berechtigten Interesses, insbesondere andere Behörden. U.a.: Rechtsanwälte, Polizei, Feuerwehr, Wirtschaftsförderung, Stat. Landesamt, IHK, HWK, interne Ämter außerhalb des Gewerberechts, Einheitlicher Ansprechpartner

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation **nicht übermittelt**.

Dauer der Datenspeicherung:

Personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie sie für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Die Verarbeitung erfolgt dabei unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Betroffenenrechte:

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein. Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Ihre Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen. Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** der Sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO). Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**). Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen. Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DS-GVO). Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO). Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DSGVO). Sie haben das Recht, Beschwerde gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zu erheben (**Beschwerderecht**). Ihr Landesbeauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit: **Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hinter Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 6131 2082449, poststelle@datenschutz.rlp.de**

Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten und Folgen bei Nichtbereitstellung:

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist **gesetzlich vorgeschrieben**. Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen, da sonst keine Bearbeitung Ihres Anliegens erfolgen kann.

Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO:

Ihre personenbezogenen Daten werden durch den Verantwortlichen nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung genutzt.

Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck:

Sollte im Rahmen einer zukünftigen Verarbeitung eine Zweckänderung vorgenommen werden, werden Sie hierüber informiert, soweit hierzu eine gesetzliche Pflicht besteht.